

Gegen reaktionäre Regimes und Bildungspolitik

In den letzten Ausgaben berichtete die UZ relativ ausführlich über Aktionen und Verhaltensweisen progressiver Studenten vor allem in Westdeutschland und Westberlin, aber auch über das Auftreten der Studenten in den USA und Spanien. Erhebt sich die Frage, wie ist es um die Studenten und ihr politisches Engagement in anderen kapitalistischen Ländern bestellt? Wir unternehmen heute den Versuch, einen, wenn auch keinesfalls umfassenden, Überblick studentischer Haltungen und Aktionen in anderen kapitalistischen Staaten zu geben.

Frankreichs Studenten lehnen sich vor allem gegen die reaktionäre Innenpolitik de Gaulles auf, die im Hochschul- und Bildungswesen deutliche Spuren hinterläßt. Zu wenig Studienplätze erlauben es nicht, die erforderliche Anzahl Hochschulabsolventen auszubilden. Darüber hinaus treten Frankreichs progressive Studenten für eine Demokratisierung der Hochschulpolitik ein, um den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution gerecht werden zu können. Sie protestieren gegen die absolute Stellung einzelner Lehrstühle und eine engstirnige Begrenzung des Studiums auf ein schmales Fachgebiet. Mehr Mitspracherecht und echte Diskussion mit den Lehrkräften fordern Frankreichs künftige

Akademiker, deren konsequentesten Vertreter sich eng an die KPF anlehnen.

In England richten sich Proteste sowohl gegen die imperialistische Politik Wilsons als auch gegen die USA-Verbrechen in Vietnam und die Unterstützung reaktionärer Tendenzen in der englischen Politik sowie an den Hochschulen des Landes. Ende des vergangenen Jahres zogen Tausende Studenten in einem Protestmarsch gegen die Vietnam-Aggression zum Gebäude der USA-Botschaft. Als die Studenten das Gebäude stürmen wollten, knüppelte die englische Polizei dazwischen, so daß eine Reihe Studenten verletzt wurden. An der traditionsreichen London School of Economics protestierten die Studenten im vergangenen Jahr gegen die Berufung eines neuen Direktors, von dem bekannt war, daß er als Rektor der Universität von Salisbury in Rhodesien nicht entschlossen gegen das Rassistensystem Smith aufgetreten ist. Wie auch in anderen Staaten fehlt den englischen Studenten ein klares Programm, die Verbindung zur revolutionären Arbeiterschaft in der kommunistischen Partei Englands, um reale Erfolge beim Kampf um die Demokratisierung zu erzielen.

Italiens progressive Studenten-

schafft kann auf die Unterstützung der starken Kommunistischen Partei zählen. Ihr politisches Engagement richtet sich gegen die von den USA angeführte politische Weltreaktion und gegen die Bevormundung der Hochschulen durch die katholische Kirche und das Zurückbleiben des italienischen Hochschulwesens. Man spricht von mittelalterlichen erstarrten Formen der Hochschulen, während die Professoren als Katheder-Barone bezeichnet werden, die mit patriarchalischer Autorität ihre Katheder wie Feudalherren bewirtschaften und Pflichten abwerfen lassen. Auf 130 Studenten kommt in Italien nur ein Professor.

An der „Universita Cattolica“ von Mailand protestierten Studenten im Dezember in einem zehntägigen Streik, bei dem sie die Universität besetzt hielten, gegen die ökonomische Erhöhung der Studiengelder, dann wurden sie mit Polizeigewalt aus der Universität getrieben. Zur gleichen Zeit setzten sich von Mailand und Neapel Friedensmarche nach Rom in Bewegung, um gegen die amerikanische Aggression in Vietnam zu protestieren. Aktionen gegen die NATO-Mitgliedschaft Italiens, gegen das faschistische Militärregime in Griechenland und gegen den Aggressor Israel gehören ebenso zum Programm.

Interessant ist in jedem Falle ein Blick auf den südamerikanischen Kontinent, wenn auch die Meldun-

gen und Nachrichten hier weniger zahlreich und detailliert zur Verfügung stehen. In diesen Staaten stehen teilweise andere Probleme als in den westeuropäischen Ländern auf der Tagesordnung. Die Studenten dieser Staaten sehen sich nicht nur ihrer eigenen, meist von den USA gestützten und diktatorischen Staatsgewalt gegenüber, sondern bekommen auch die wirtschaftliche und finanzielle Auspöcherung des USA-Imperialismus zu spüren, ganz zu schweigen von der Rückständigkeit und den sozialen Gegensätzen in den meisten Staaten.

In Südamerika kann auf eine endlose Kette studentischer Aktionen verwiesen werden, die, wenn situativer Anlaß auch immer gegeben sei, letzten Endes ihre Ursache in oben skizzierten Ursachen haben. Es vergeht kaum ein Tag, wo es in einer der lateinamerikanischen Universitätsstädte nicht zu blutigen Zusammenstößen von Studenten und der Polizei kommt. Die technische Revolution macht auch um Südamerika keinen Bogen. Auch dort wächst die Zahl der benötigten Hochschulabsolventen und Techniker, die damit nicht mehr nur aus der privilegierten Klasse kommen können. Dieser Prozeß verstärkt die politische Profilierung der studentischen Aktionen. Sie gehen mehr und mehr in Richtung Demokratisierung und Eintreten für die eigenen nationalen Interessen.

Neunjähriger lebt mit halbem Gehirn

Drei Neurologen des „Fresno Valley Childrens Hospital“ in Kalifornien haben dem neunjährigen Tony Salas operativ die Hälfte des Gehirns entfernt. Die Operation ist erfolgreich verlaufen, inzwischen besucht der Junge die Schule. Könnte er sich dem Eingriff nicht leisten, so kann er sich jetzt mit Hilfe eines Stockes verhalten. Die Hälfte des Gehirns verläuft, inzwischen besucht der Junge die Schule. Könnte er sich dem Eingriff nicht leisten, so kann er sich jetzt mit Hilfe eines Stockes verhalten. Die Hälfte des Gehirns verläuft, inzwischen besucht der Junge die Schule. Könnte er sich dem Eingriff nicht leisten, so kann er sich jetzt mit Hilfe eines Stockes verhalten.

Die Operation war notwendig geworden, da sich ein Gehirntumor rasch vergrößert und dem Kind ständig Kopfschmerzen verursacht hatte. Nachdem der Junge das Gleichgewichts- und Orientierungsvermögen verloren hatte, hätte sein Tod nur durch starke Rauschgiftmittel hinausgezögert, aber nicht verhindert werden können. Da dem Patienten die rechte Hälfte abgenommen wurde, sind die Kontrollzentren für Sprechen, Schreiben und Rechnen erhalten geblieben und es besteht mit großer Wahrscheinlichkeit die Aussicht, daß die linke Gehirnhälfte die Funktionen der entfernten Teile mit übernimmt. Diese Ausgleichsfähigkeit läßt ab dem zweiten Lebensjahr merklich nach, so daß die Operation bei Erwachsenen bedeutend schwieriger ist. Gegenwärtig gibt es 15 Personen auf der Welt, an denen eine derartige Operation vorgenommen wurde ist.

Rose gegen Krebs

Japanische Forscher haben ein neues Krebsbekämpfungsmittel entwickelt und bereits erfolgreich an Menschen erprobt. Die Wissenschaftler-Gruppe unter Leitung von Professor Hajime Okamoto, Direktor der Pharmakologischen Abteilung der Universität von Kanazawa, erklärte, man habe „erwartungsgemäß“ Ergebnisse bei Versuchen an kreislidenden Patienten der Universitätsklinik erzielt. Es sind aber noch weitere Erprobungen notwendig.

Okamoto teilte mit, daß das neue Medikament in einigen Fällen zu „drastischen“ Besserungen und in anderen Fällen zu „langsamen“ Ergebnissen geführt habe. Das neue Medikament ist das Ergebnis einer grundlegenden Beobachtung. Es hat sich nämlich erwiesen, daß die an Rose und Sepsis erkrankten Personen von Natur immun gegen Krebs sind. Das Bazillus bzw. der hämolytische Streptococcus, der diese beiden Krankheiten hervorruft, wurde von Professor Okamoto in einer weniger toxischen Form als es normalerweise der Fall ist, erzeugt, auf Nährboden gesetzt, anschließend mit Penicillin behandelt und dann auf 45 Grad Celsius erwärmt, so daß es eingenommen werden kann.

Rektor scheiterte an der „Pille“

Unlösbare Probleme veranlaßten Rektor Muggendorfer von der Universität Edinburgh zum Semesterbeginn Anfang Januar seinen Rücktritt bekanntzugeben. Die Studentenschaft verlangte von dem gewählten Rektor als ihrem Vertreter die Unterstützung ihres Wunsches, die Pille zur Empfängnisverhütung im Gesundheitszentrum für die Studenten abgeben zu lassen.

rendem Maße gegen die Refaschisierung der Bundesrepublik (siehe „Sowie gegen namhafte Persönlichkeiten des heutigen öffentlichen Lebens, die während des Dritten Reiches Funktionen ausgeübt haben“.

AUSLAND

Mehr Mittel für Forschung und Entwicklung in Polen

Für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik sind im Haushaltsplan der Volksrepublik Polen für das Jahr 1968 10,6 Milliarden Zloty vorgesehen, weitere fünf Milliarden Zloty stehen für die Heranbildung von Spezialisten an den Hochschulen zur Verfügung. Die Ausgaben für Wissenschaft und Technik liegen damit in diesem Jahr um 2,5 Milliarden Zloty höher als 1965 und betragen fast das Doppelte gegenüber dem Jahre 1960.

Auf die Finanzierung von Forschungsarbeiten und die dafür erforderlichen Investitionen entfallen etwa 4,2 Milliarden Zloty. Fast 700 Millionen davon werden für Forschungen in den Instituten der Polnischen Akademie der Wissenschaften verausgabt. Für den Ausbau und die Einrichtung dieser Institute sind außerdem über 114 Millionen Zloty vorgesehen. Ferner werden in diesem Jahr auch wissenschaftliche Forschungen an Hochschulen und an Instituten anderer Einrichtungen aus dem Zentralen Budget finanziert. Die Hochschulen verfügen über 318,3 Millionen Zloty für Forschungsarbeiten und rund 85 Millionen für die damit verbundenen Investitionen.

Besonderes Augenmerk wird auch der Entwicklung der Hochschulen gewidmet. Dafür stehen im Jahre 1968 fünf Milliarden Zloty zur Verfügung, was gegenüber 1967 einer Steigerung von 10,9 Prozent entspricht. Diese Mittel übertreffen die Ausgaben für andere Gebiete des gesellschaftlichen Lebens beträchtlich und sind größer als das Wachstumstempo des National-einkommens. Dadurch wird es u. a. auch möglich, die Zahl der Studenten in den unteren Semestern um 43 Prozent zu erhöhen.

HOCHSCHULEN DDR

Schon 130 Studentenarbeiten der TU für Leipzig

Im Rahmen des Studentenwettbewerbes zu Ehren des 150. Geburtstages von Karl Marx haben die Studenten der TU Dresden bisher 130 Arbeiten an die Jury der Leipziger Karl-Marx-Universität entsandt. In den meisten Arbeiten beschäftigen sich die Studenten mit der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, insbesondere mit der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Alle Arbeiten für den Wettbewerb werden an der TU Dresden von einer Jury, in der Wissenschaftler und Vertreter der Partei-, FDJ- und Universitätsgewerkschaftsleitung mitarbeiten, vorher sorgfältig auf ihren Gehalt geprüft. Gleichzeitig unterbreitet die Jury dem Senat der Universität Vorschläge zur Auszeichnung und Prämisierung der besten Beiträge.

In einem wissenschaftlichen Studienzyklus bereiten sich gegenwärtig zahlreiche Studenten auf eine wissenschaftliche Studentenkonferenz zu Ehren Karl Marx in Leipzig vor. Entsprechend den verschiedenen Studienrichtungen erarbeiten die Mitglieder des Zirkels wissenschaftliche Beiträge dafür.

WESTDEUTSCHLAND

Studenten gegen Renazifizierung

Anlässlich einer „Anti-Lübke-Woche“ legten vergangene Woche Angehörige des sozialistischen westdeutschen Studentenbundes (SDS) am Bonner Ehrenmal für die Kriegopfer einen Stachelstahlkranz nieder. Die Kranzschleifen trugen die Aufschriften „Den Opfern der Pflück, Abs, IG-Farben“ und „Faschismus — letzter Ausweg für die Monogole“. Die „Frankfurter Rundschau“, die darüber berichtete, vermerkte, daß sich die studentische Kritik in zuneh-



Vielen Patienten wurde in der Augen- klinik der Medizinischen Akademie Warschau mit Hilfe von Laser-Strahlen das Augenlicht erhalten. Allein in dieser Klinik dienten die Strahlen etwa 2000mal als Therapiemethode. Zum Teil war keine andere Behandlung nötig, um krankhafte Veränderungen des Auges zu korrigieren, teils wurden die Laser-Strahlen bei oder nach der Operation zusätzlich angewandt. Die medizinischen Einrichtungen in Warschau, Lublin, Lodz und Poznan, die zuerst mit polnischen Laser-Geräten arbeiteten, wollen gemeinsam mit Konstrukteuren und Herstellern weiterforschen, um die Laser-Strahlen noch mehr in den Dienst der Augenheilkunde zu stellen.

Kein Geld für junge Lehrer?

die „katastrophale Planlosigkeit der Landesregierung in der Bildungspolitik“. Die Angst vor einer ungewissen Zukunft trieb sie auf die Straße, denn für einen Teil der Absolventen des Jahres 1968 und noch mehr 1969 wird es keine Anstellungen in den schleswig-holsteinischen Volksschulen geben.

Bildet dieses Bundesland zwischen Ost- und Nordsee etwa eine Ausnahme hinsichtlich der von westlichen Experten so bezeichneten „Bildungskatastrophe“? Keineswegs! Zwar schneiden Schleswig-Holstein bei einem Vergleich mit der Situation mit anderen Ländern noch relativ günstig ab, aber eben auch nur relativ. 1968 gab es 6531 Volksschullehrer, bis 1970 wird diese Zahl voraussichtlich auf 6700 ansteigen. Das sind die Lehrer, die in der Praxis tatsächlich zu erwarten sind, einer Wirklichkeit, in der 1962 ein Fünftel aller Klassen mehr als 41 Schüler zählten und die durchschnittliche Klassenstärke bei 33,4 liegt. Würde man die Klassenfrequenzen auf 30 senken, so wären 1940 Lehrer zusätzlich nötig, wollte man gar die Frequenz auf 28 Schüler pro Klasse senken (diese Zahl würde in unserer Republik bereits 1955 erreicht), wären insgesamt 2340 Lehrer mehr erforderlich. Weiterhin muß man berücksichtigen, daß 1969 etwa die Hälfte aller männlichen schleswig-holsteinischen Volksschullehrer über 50 Jahre alt war und demzufolge größtenteils bis 1970 aus Altersgründen aus dem aktiven Schuldienst ausscheiden wird. Also auch „Bildungsnotstand“ in Schleswig-Holstein!

Warum aber demonstrieren dann die Kieler Studenten? Angeblich fehlt es der Landesregierung an Geld zur Einrichtung neuer Planstellen. So kann auch diesmal das „Veto“ vom Finanzminister, denn für ihn hört die Gemüchlichkeit auf, wenn es um finanzielle Zuwendungen für das Schulwesen geht.

Also bleiben vielen Absolventen der Pädagogischen Hochschule Kiel zunächst die Schulstuben verschlossen, Vorschläge zur Durchführung dringend notwendiger Schulreformen in Schleswig-Holstein, vor allem aber zur Durchsetzung einschneidender Verbesserungen im Volksschulwesen, verstauben weiterhin in Schreibrutschen, denn ohne eine größere Zahl von Planstellen für Lehrer sind sie nicht zu verwirklichen. 1960-61 nahmen 21 Prozent aller Abiturienten in diesem Bundesland ein Pädagogiestudium auf, womit Schleswig-Holstein unter dem westdeutschen Durchschnitt liegt. Wie aber will man Abiturienten für das Lehrstudium begeistern, wenn die jetzigen Absolventen vor der Zukunft bangen müssen?

Die Reaktion der schleswig-holsteinischen Landesregierung auf die Proteste der Kieler Studenten ist mehr als kläglich. Lakonisch fordert sie die Studenten auf zu sagen, „welchen anderen lebensnotwendigen Bereichen finanzielle Mittel entzogen werden sollen“. Warum aber ausgerechnet den lebensnotwendigen Bereichen? Welche Haushaltsposten fallen darunter? Der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik stieg innerhalb weniger Jahre ins Unermessliche und er wird auch 1968 weiter ansteigen. Eine kriegsmäßig gerüstete Bundeswehr und das revanchistische Gestrebe westdeutscher Politiker verpesteten heute das Klima in Europa. Das dafür verwendete Geld fehlt aber in den westdeutschen Schulen, dasselbe Geld fehlt auch, um den Kieler Studenten eine gesicherte Existenz zu gewähren. So fließen viele Millionen DM in Waffenarsenale und Bundeswehrekasernen, um den Frieden in Europa zu bedrohen.

(Nach einem Artikel der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung“ von Dezember 1967.)

Roland Schmidt